

Zeitschrift: Intercura : eine Publikation des Geriatriischen Dienstes, des Stadtärztlichen Dienstes und der Psychiatrisch-Psychologischen Poliklinik der Stadt Zürich

Herausgeber: Geriatriischer Dienst, Stadtärztlicher Dienst und Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik der Stadt Zürich

Band: - (1987)

Heft: 19

Artikel: Zur Städtischen Umweltpolitik - Medienorientierung vom 28. April 1987

Autor: Wagner, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-790226>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Städtischen Umweltpolitik – Medienorientierung vom 28. April 1987

*Was sagt der Stadtpräsident von Zürich,
Dr. Thomas Wagner, dazu:*

1. Den Fragen des Umweltschutzes wird heute ein hoher Stellenwert beigemessen. Ursache dazu sind in erster Linie die in verschiedenen Bereichen prekären Belastungsverhältnisse, welche in breiten Kreisen auch zu einem grundsätzlichen Überdenken tradierter Handlungsmuster – leider noch lange nicht zu einem konsequenten Handeln – geführt haben. Zudem ist das Handeln der Behörden mit dem Inkrafttreten eidgenössischer Umweltschutzerlasse auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die Vielfalt der in letzter Zeit aktuell gewordenen Umweltfragen hat aber auch dazu geführt, dass die **Übersicht erschwert oder verloren gegangen** ist. Es herrscht oft **Unklarheit über Notwendigkeiten** in verschiedenen Bereichen, über die in Planung und Ausführung stehenden Massnahmen, deren Zusammenhänge und Bedeutung sowie über die zeitlichen Perspektiven und deren Umsetzung. Mit der nachfolgenden Orientierung soll einerseits ein Beitrag zur Behebung vorhandener Informationslücken geleistet werden – noch mehr: es handelt sich um eine **Absichtserklärung einer politischen Behörde** – um ein **Grundlagenpapier zur Umweltpolitik des Stadtrates**. Es besteht nicht die Absicht, sensationelle Einzelereignisse zu präsentieren und auch nicht, **Emotionen zu schüren**. Weder wollen wir ländliche, idyllische Verhältnisse erstreben in unserer Stadt – die als urbanes Zentrum wirtschaftliche Aufgaben zum Wohle der ganzen Schweiz übernimmt – noch dürfen wir uns selbstgefällig zurücklehnen und uns nur mit jenen Weltstädten vergleichen, in denen die Umweltbelastung stärker und beeinträchtigender ist als bei uns. Eine wirksame Umweltpolitik besteht auch nicht aus spektakulären Einzelereignissen, sondern aus einem vielfältigen Netz von sorgfältig durchdachten und aufeinander abgestimmten Teilschritten. In diesem Sinne wird eine zusammenhängende Übersicht über die umweltrelevanten Handlungsnotwendigkeiten und über die Grundsätze der Städtischen Umweltpolitik gegeben. Zudem wird detailliert über den Stand der Massnahmen bei der Luftreinhaltung und beim Lärmschutz berichtet.

2. Umweltschutz ist ein wesentlicher Bestandteil einer Stadtentwicklungspolitik, die auf Qualität ausgerichtet ist. Umweltpolitisch verantwortungsvolles Handeln schliesst wirtschaftliche Attraktivität nicht aus — im Gegenteil: Eine von der Öffentlichkeit getragene Urbanität, in der die Rolle der Stadt positiv erkannt wird, weil sie sich durch Qualität zum Arbeiten, zum Wohnen, zur Ausbildung, zur kulturellen Ausrichtung auszeichnet, hat Zukunft! Dazu muss eine aktive und ganzheitliche Umweltpolitik betrieben werden. Sie kann sich nicht auf einen minimalistischen Vollzug von quantitativen Gesetzesvorgaben beschränken, sondern muss über den Horizont der Altlastensanierung hinaus orientiert sein.
3. Die Realisierung dieser umweltpolitischen Zielsetzungen ist nicht einfach. Sie erfordert in vermehrtem Masse ein bewusstes Austragen von Zielkonflikten. Oekologisch orientierte Handlungsgrundsätze bieten dazu eine Orientierungshilfe, aber keine pfannenfertigen Lösungen. Solche müssen in jedem Einzelfall nach wie vor in mühevoller Kleinarbeit unter Abwägung der vielfältigen und widersprüchlichen Interessen und Bedürfnisse gefunden werden.

— *Die Meinung des Stadtrates von Zürich*
Standortbestimmung

Die aktuelle Umweltkrise ist das Resultat einer langjährigen Entwicklung, die in den Nachkriegsjahren eingesetzt hat. Bis vor kurzem glaubte man, den Zuwachs an materiellen Bedürfnissen durch stetes quantitatives Wachstum befriedigen und die daraus erwachsenden Nachteile durch technische Massnahmen jederzeit auffangen zu können. Diese Entwicklung hat in eine Sackgasse geführt: Das starke Wachstum bei den Wohn- und Arbeitsflächen, beim Verkehr sowie beim Güter- und Energiekonsum hat zu einer übermässigen Beanspruchung von Umweltgütern aller Art geführt. Die Auswirkungen wurden zuerst in der Stadt sichtbar, wo sie von vielen Bewohnern heute als teilweise drückende Last erfahren werden. Massnahmen zum Schutz der Umwelt drängen sich nicht nur an einem einzigen Ort, sondern in vielen Bereichen auf. Die notwendigen Verbesserungen sind nicht allein durch technische Vorkehrungen zu erreichen. Sie erfordern ebenso Änderungen bei hergebrachten Handlungsgewohnheiten.

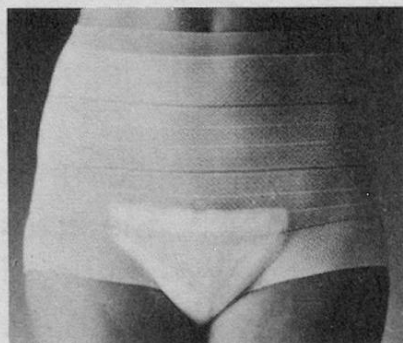
Geniessen ohne Angst, nicht rechtzeitig auf die Toilette zu kommen



Über 200 000 Frauen und Männer in der Schweiz leiden an Unstimmigkeiten der Blasenkontrolle.

Viele Leute leiden unter dem kleinen Malheur, die Blasenentleerung nicht unter Kontrolle zu haben. Sie leben mit der Angst, nicht rechtzeitig auf die Toilette zu kommen, und ziehen sich aus dem aktiven Leben zurück und vereinsamen.

Das muss nicht sein! Und weil man sich mit dem TENASYSTEM so versorgen kann, dass niemand etwas merkt, wenn das Malheur passiert, können



Sie unbeschwert und sicher den Alltag genießen, immer und überall.

TENASYSTEM-Einlagen und -Slips werden unter der normalen Unterwäsche getragen und passen sich ganz dem Körper an, als wären sie eine zweite Haut. Senden Sie uns bitte den komplett ausgefüllten Coupon zurück. Sie erhalten dann prompt und diskret Ihre Musterpackung und mehr Informationen.

Beides gratis.

Und weil es so bequem ist, können Sie bei uns Ihre TENASYSTEM-Einlagen **direkt** bestellen. Die Auslieferung erfolgt mit ganz normalem Postpaket – diskret und schnell.

Bestellung: 01/840 36 60

Beratung: 01/840 54 64

Coupon:

Senden Sie mir bitte folgende Gratis-Muster-Packung:

- ☐ Tröpfel-Inkontinenz bei Männern.
- ☐ Leichte Blasenschwäche bei Frauen.
- ☐ Leichte bis schwere Inkontinenz bei Frauen und Männern.

Geschlecht: ☐ M ☐ W

Gewicht: ca. _____ kg

Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

3/

TENASYSTEM

Mölnlycke AG

Althardstrasse 195, 8105 Regensdorf

- **Luft:** Weite Teile des Stadtgebietes sind seit Jahren übermässigen Schadstoffbelastungen ausgesetzt. Die Luftreinhalteverordnung des Bundes fordert nun eine rasche Gangart bei den Minderungsmaßnahmen. Die Immissionen sind bis 1994 unter die Immissionsgrenzwerte zu senken. Technische Umweltschutzmassnahmen bei den Heizungen und bei den Motorfahrzeugen reichen dazu nicht aus. Notwendig ist auch eine Umlagerung eines Teils des motorisierten Individualverkehrs auf die umweltschonenderen öffentlichen Transportmittel. Dies setzt voraus, dass Massnahmen zur Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs bereits auf 1990, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der S-Bahn und der SZU-Verlängerung, realisiert werden.
- **Lärm:** Praktisch an allen städtischen Hauptstrassen werden die Immissionsgrenzwerte der am 1. April dieses Jahres in Kraft getretenen Lärmschutzverordnung ganz drastisch überschritten. An 75 km dieser Strassen liegen die Belastungen sogar beim oder über dem Alarmwert. Die innert 15 Jahren geforderten Sanierungen lassen sich nur dann erreichen, wenn der Verkehr auf diesen Strassen in seiner Menge und seiner Geschwindigkeit erheblich reduziert wird. Dabei ist zu beachten, dass der Handlungsbedarf weit grösser ist, als jener, der sich aus den Anforderungen der Luftreinhaltung ergibt.
- **Abwasser:** Mit der Inbetriebnahme der Kläranlage Werdhölzli konnten die gesetzlichen Anforderungen für die Reinigung des grössten Teils der städtischen Abwassermenge erfüllt werden. Ein Defizit besteht diesbezüglich noch bei der Kläranlage an der Glatt. Dieses wird sich durch einen Ausbau dieser Anlage beheben lassen. Ein entsprechendes Projekt wird in zwei bis drei Jahren entscheidungsreif sein. Grosse Sorgen bereitet das in grossen Mengen anfallende Abfallprodukt, der Klärschlamm. Dieser wird heute entwässert und in Deponien abgelagert. Eine Wiederverwertung als Dünger in der Landwirtschaft ist derzeit nicht möglich, muss aber zweifellos wieder angestrebt werden. Dies erfordert auch Erfolge bei der Ursachenbekämpfung, beispielsweise die Entlastung des Abwassers von problematischen Abfallstoffen. Der Deponieraum ist knapp. Eine Ersatzlösung muss innert sehr kurzer Frist geschaffen werden. Derzeit kommt nur die Verbrennung in Frage, die

eine weitgehende Volumenreduktion erlaubt. Die Schadstoffe werden dabei aus den Rauchgasen abgeschieden und in immobilisierter Form deponiert. Ein Grundsatzentscheid über ein zweckmässiges Verbrennungsverfahren muss noch im Laufe dieses Jahres gefällt werden.

- **Feste Abfälle:** Die Versorgung mit Gütern aller Art ist in ihrer heutigen Vielfalt und Quantität wohl kaum mehr zu überbieten. Bisher wurde aber den ökologischen Fragen der Stoffflüsse keine Beachtung geschenkt. Die Grenzen des Wachstums zeichnen sich auf der Entsorgungsseite klar ab: Pro Kopf der Bevölkerung müssen heute jährlich mehr als 100 Kilogramm Reststoffe aus Siedlungsabfällen, zudem Sondermüll und Bauschutt deponiert werden. Deponieräume sind aber nur noch begrenzt verfügbar. Beim Sondermüll muss bereits heute von einem Notstand gesprochen werden. Der gesetzliche Umweltschutz ist bei der Ursachenbekämpfung ungenügend. Die wesentlichen Entlastungsbeiträge müssen somit durch Initiative der Stadt und ihrer Bewohner geleistet werden. Hier sieht es erfreulich aus: Ohne gesetzlichen Zwang ist von seiten der Bevölkerung die Umkehr bereits in Angriff genommen worden. Kompostieren von Küchen- und Gartenabfällen, Glas-, Papier- und Alurecycling sind heute keine Fremdworte mehr. Auch von seiten der Stadt sind Vorleistungen erbracht worden. Der weitere Ausbau einer ökologisch orientierten Stoff- und Abfallwirtschaft ist im Gange. Das Konzept ist klar: Der Abfall muss **qualitativ** verändert, die Menge **vermindert** werden. Reststoffe sind so zu behandeln, dass die Menge möglichst klein und endlagerungsfähig wird. Der Weg ist aber lang und steinig. Erfolge sind nur denkbar, wenn auf Jahre hinaus von allen Beteiligten ausserordentliche Anstrengungen unternommen werden.
- **Naturhaushalt:** Der zunehmende Flächenbedarf für Bauten und Verkehrsanlagen hat zu einer Verdrängung der Grünflächen geführt. Insbesondere hat er auch den Bodenversiegelungsgrad erhöht. Eine Folge davon sind hydrologische Mängel. Das natürliche Wasserrückhaltevermögen des Bodens muss durch künstliche Entwässerungsanlagen ersetzt werden. Deren Ausbau ist sehr kostspielig und hat technische Grenzen. Der Mangel an Grün hat in dichtbebauten Zentrumszonen fühlbare lokalklimatische Verände-



Wir wünschen regelmässig über folgende Fachgebiete Literatur-Informationen:

- ☐ Humana-Information
(viermal jährlich)
- ☐ Psychologie
- ☐ Psychotherapie
- ☐ Pädagogik
- ☐ Psychiatrie
- ☐ Soziologie
- ☐ Grenzwissenschaften
- ☐ Gesundheit & Wissenschaft
(allgemeinverständliche Medizin)
- ☐

Name/ Firma _____

Beruf: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort _____

ensenden an:

Freihofer AG Wissenschaftliche Buchhandlungen, Postfach 8033 Zürich

rungen zur Folge. Grünflächen und Bäume sind die natürlichen Klimaanlage der Stadt. Fehlen sie, ist es im Sommer zu heiss. Die ausgleichend wirkenden kühlen und feuchten Luftströmungen bleiben aus. Diesem Trend ist entgegenzuwirken. Versiegelte Böden, wie Teile der Verkehrsflächen, Vorplätze, Bauwerke, sind zu begrünen. Der Baumbestand muss erhalten und angemessen vergrössert werden. Bestehende Grünflächen sollen möglichst gut untereinander vernetzt werden. Die im Entwurf vorliegende Bau- und Zonenordnung bietet den Rahmen dazu. Das kürzlich vorgestellte Freiraumkonzept eine Konkretisierungsgrundlage. Auch hier kann nur jahrelanges zielstrebiges Handeln zu fühlbaren Verbesserungen führen.

- **Energie:** Gemessen an den Kriterien einer ökologischen Energiewirtschaft, die an einer Bedarfsdeckung aus regenerativen Quellen orientiert ist, besteht ein immens grosser Handlungsbedarf. Mittelfristig ist die Notwendigkeit der Herabsetzung des Energiebedarfs vor allem bei den fossilen Brenn- und Treibstoffen durch die Erfordernisse der Minderung des Luftschadstoffauswurfs gegeben. Auf der Stufe Endverbrauch beruht die Energieversorgung unseres Landes heute zu 66 % auf Erdölprodukten, zu 20 % auf Elektrizität, zu 7 % auf Erdgas und zu 5 % auf festen Brennstoffen. Einerseits ist gemäss den Erkenntnissen der Weltenergiekonferenz 1986 längerfristig mit einer Verknappung der Vorräte an konventionellen Energieträgern (Erdöl, Erdgas und Uran) zu rechnen, andererseits ist eine Überlastung der Atmosphäre mit Kohlendioxid zu erwarten. Oekologie, Wirtschaft und Versorgungssicherheit erfordern deshalb die Verwirklichung folgender Postulate:
 - sparsamer, sinnvoller und gezielter Umgang mit allen Energieträgern
 - bessere Nutzung erneuerbarer Ressourcen
 - Abbau insbesondere des Erdölanteils an unserer Energieversorgung
 - Umstellung auf Technologien mit besserem Wirkungsgrad und drastisch vermindertem Schadstoffausstoss.